

Grüne fordern Mindestalter für Social Media: 16 Jahre zum Schutz der Jugend!

Die Grünen fordern ein Mindestalter von 16 Jahren für Social Media, um Jugendliche vor Cybermobbing und Gefahr im Netz zu schützen.



Österreich - Die Diskussion um den Schutz von Jugendlichen im Internet gewinnt zunehmend an Bedeutung. Die Grünen haben nun einen Vorschlag präsentiert, der ein verbindliches Mindestalter von 16 Jahren für die Nutzung sozialer Medien vorsieht. Diese Initiative zielt darauf ab, den Jugendschutz im digitalen Raum zu stärken, da jüngere Nutzer oft mit problematischen Inhalten konfrontiert werden.

Laut einem Bericht von **oe24** unterstützen 85 Prozent der 16- bis 25-jährigen dieses Vorhaben. Barbara Neßler, die Jugendsprecherin der Grünen, erläutert, dass Kinder und Jugendliche oft überfordert sind von brutalem Bildmaterial, frauenverachtenden Beiträgen, Fake News und rechtsextremer

Propaganda. Der Vorschlag für ein Mindestalter orientiert sich an bestehenden Regelungen für Alkohol, Tabak und Kinofilme.

Die Gefahren des digitalen Raums

Neßler weist darauf hin, dass Erwachsene in der Lage sind, problematische Inhalte besser einzuordnen, während Kinder und Jugendliche häufig allein gelassen werden. Die wachsende Bedrohung durch Cybermobbing trägt zur dringenden Notwendigkeit bei, gesetzliche Regelungen für das Mindestalter einzuführen sowie eine effektivere Kontrolle durch die Social-Media-Anbieter zu fordern.

In einer Welt, in der etwa 5,3 Milliarden Menschen das Internet nutzen und rund 4,7 Milliarden aktiv in sozialen Medien sind, ist die Nutzungsdauer dieser Plattformen erheblich. Laut **ARAG** beträgt die durchschnittliche tägliche Nutzungsdauer 2,5 Stunden. Die beliebtesten sozialen Medien in Deutschland bei den 16- bis 64-jährigen sind WhatsApp, Instagram und Facebook.

Schutzmechanismen und Aufklärung

Die Themen Altersbeschränkungen und der Schutz vor Cybermobbing stehen im Mittelpunkt, während viele junge Nutzer die Bedeutung von Privatsphäre-Einstellungen nicht vollständig verstehen. Cybermobbing betrifft rund 96 Prozent der Teenager, die Smartphones besitzen, und damit stehen zahlreiche Schüler ohne Schutzräume im Internet da. Es ist wichtig, dass Kinder keine persönlichen Informationen preisgeben und sicher im Umgang mit Online-Aktivitäten sind.

Die Notwendigkeit einer offenen Kommunikationskultur zwischen Eltern und Kindern wird ebenfalls hervorgehoben. Bildungsmaßnahmen über Gefahren wie Sexting und Cybergrooming sind entscheidend, da solche Themen ernsthafte rechtliche Konsequenzen haben können, wie die § 176 StGB für Cybergrooming vorsieht. Eltern sollten nicht nur die genutzten

Plattformen kennen, sondern auch eigene Nutzerkonten für ihre Kinder einrichten und feste Zeiten für die Nutzung digitaler Geräte festlegen.

In Anbetracht dieser Herausforderungen wird die Einführung eines Mindestalters für soziale Medien als ein erster Schritt in die richtige Richtung angesehen. Der Schutz von Jugendlichen im digitalen Raum sollte weiterhin eine zentrale Priorität für politische Entscheidungsträger bleiben.

Details	
Vorfall	Cybermobbing
Ort	Österreich
Quellen	• www.oe24.at • www.arag.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at